

04.11.2015

Entschließungsantrag

der Fraktion der PIRATEN

zum Antrag der FDP „Asylverfahren entlasten und vorübergehenden Schutz durch spezifischen Flüchtlingsstatus gewähren – Gesetzesentwurf zur Gewährung vorübergehenden nationalen humanitären Schutzes beim Bundesrat einbringen“ (Drucksache 16/10076 - Neudruck -)

Keine Obergrenzen für Flüchtlingsaufnahme, keine Massenabschiebungen. Asylverfahren durch Einführung von Altfallregelungen und Wegfall von bürokratischen Hürden entlasten.

I. Sachverhalt

Europa, Deutschland und NRW erleben derzeit, dass viele Menschen aufgrund kriegerischer Auseinandersetzungen, staatlicher Repression und großer Not in ihren Heimatländern verzweifelt versuchen zu uns, in sichere Zufluchtsländer kommen. Die Ursachen für die Flucht sind vielfältig. Sie liegen teilweise auch begründet in der kolonialen Vergangenheit und in der aktuellen Weltwirtschaftsordnung.

Die Zahl der flüchtenden Menschen führt in unserem Land an einigen Stellen lokal zu Überlastungen, während an anderen Stellen Unterkünfte für Flüchtlinge leer bleiben. Dies zeigt, dass die Versorgung der ankommenden Menschen kein Zeichen einer generellen Überlastung ist, sondern vor allem ein logistisches Problem.

Obwohl (oder gerade weil) innerhalb weniger Monate zwei Mal das Asylrecht eingeschränkt wurde - mit dem „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ zum 01.08.2015 sowie mit dem „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ zum 24.10.2015 - erstarken rechtspopulistische und rassistische Kräfte. Dies kann nur den Schluss zulassen, dass diese Maßnahmen, die populistisch eingeführt wurden um einem vermeintlichen „Kippen der Stimmung“ vorzubeugen und die Willkommenskultur zu erhalten, genau das Gegenteil des erwünschten Effektes zur Folge hatte. Einschränkungen des Asylrechts führen lediglich zu einer Bestätigung und Erstarkung von rechtspopulistischen und

Datum des Originals: 04.11.2015/Ausgegeben: 05.11.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

rassistischen Kräften. Dies gilt auch für Forderungen nach Obergrenzen, Aufnahmestopp, Schließen der Grenzen, Transitzonen und ähnlichem. Die massive Einschränkung von Rechten Geflüchteter hatte damit nicht die von Regierungskreisen gewünschte Wirkung. Im Gegenteil bekommen rechtspopulistische Bewegungen Zulauf. In NRW stiegen fremdenfeindliche Gewalttaten dramatisch an, wie u. a. derwesten.de und Westpol berichtet. Damit liegt NRW erstmals auf dem beschämenden 1. Platz vor Bayern.

Die Bundesregierung plant nach Medienberichten darüber hinaus verstärkt afghanische Flüchtlinge direkt wieder in ihr Heimatland abzuschicken und auch mit der Türkei zu kooperieren, damit Flüchtlinge dort bleiben. Afghanistan ist nach wie vor ein Land das sich im Krieg befindet. Sichere Gebiete gibt es dort nicht, die Lage kann sich in allen Gebieten ständig ändern. Der Konflikt zwischen Regierungstruppen und Taliban hat nach Angaben der UN-Afghanistan-Mission UNAMA in diesem Jahr mehr Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert als in den Vorjahren. In der Türkei geht die Regierung und der Präsident Recep Tayyip Erdogan gegen Kurden und oppositionelle Kräfte vor – Oppositionelle werden verhaftet, die Redaktionen von Zeitungen die sich gegen Erdogan aussprechen werden gestürmt und die Zeitungen gleichgeschaltet. Der jüngste Fortschrittsbericht der EU spricht von „unzulässigen Eingriffen“ der Politik in die Justiz und „wesentlichen Verschlechterungen“ durch verschärfte Gesetze zur Versammlungsfreiheit.

Der Landtag stellt fest:

- Die restriktiven Maßnahmen der Asylrechtsverschärfungen, insbesondere das "Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz", führen lediglich zur Bestätigung und Erstarkung rechtspopulistischer und rassistischer Kräfte. Sie sind kein geeignetes Mittel um logistische Probleme bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu lösen.
- Die Aufnahme und Versorgung von geflüchteten Menschen ist gemeinschaftliche Aufgabe und Verantwortung der Länder Europas.
- Die akute Not der Flüchtlinge erlaubt jedoch nicht, bisher von den europäischen Regierungen vernachlässigte Regelungen zur Verteilung und Unterbringung abzuwarten. Unser Land ist gefordert, die ankommenden Menschen menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen.
- Deutschland ist in der Lage, diese Aufgabe zu bewältigen. Insbesondere die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer tragen entscheidend dazu bei.

Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- von Massenabschiebungen abzusehen und keine unangekündigten Abschiebungen durchzuführen
- die Ausländerbehörden dazu anzuhalten, alle Möglichkeiten einer Alternative zur Abschiebung sorgfältig zu prüfen und vorhandenen Ermessensspielraum im Sinne der Geflüchteten zu nutzen

- sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen,
 - dass zur Entlastung des BAMF und der Asylverfahren
 - eine Altfallregelung erlassen wird mit einer Aufenthaltserlaubnis für Flüchtlinge, über deren Asylantrag seit einem Jahr nicht entschieden wurde.
 - alle Dublin III Verfahren sofort eingestellt werden
 - die gesetzlich festgeschriebene Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften abgeschafft wird. Wer bei Familien oder Freunden unterkommen kann, muss die Möglichkeit dazu haben. Gleiches gilt, wenn eine Privatwohnung gefunden wird.
 - auf die Einleitung von Strafverfahren wegen illegalen Grenzübertritts nach § 95 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) verzichtet wird

Michele Marsching
Marc Olejak
Frank Herrmann

und Fraktion